

Tessa Hofmann

## **Ansprache auf der Mahnwache vor dem Bundeskanzleramt, 23. September 2023**

### **Anerkennung**

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Namen der Arbeitsgruppe Anerkennung – gegen Genozid, für Völkerverständigung begrüße auch ich Sie sehr herzlich.

Nun stehen wir zum zweiten Mal innerhalb eines Monats vor dem Bundeskanzleramt. In diesem Zeitraum hat sich leider die Situation in Arzach noch weiter verschlechtert. Denn die Hungerblockade hält an, nicht nur, weil der Latschinkorridor für den allgemeinen Güter- und Personenverkehr gesperrt bleibt. Sondern auch, weil die vom Internationalen Roten Kreuz gelieferten Güter nur 7 Prozent der vormaligen Liefermenge ausmachen, die für die normale Versorgung von Arzach erforderlich ist.

Der militärische Großangriff Aserbaidshans auf Arzach zu Beginn dieser Woche stellt eine weitere Steigerung des aserbaidshanschen Genozids dar. Mindestens 200 Menschen starben, über 400 wurden verletzt und Zehntausend aus ihren Wohnorten vertrieben. Unter ihnen zahlreiche Frauen, Kinder und ältere Menschen, die ohne Nahrung im Freien leben müssen. Tausende Familien wurden auseinandergerissen. 600 Menschen werden weiterhin vermisst

Aserbaidshans hat Arzach weitestgehend unter seine Kontrolle gebracht und diktiert der dortigen Regierung seine Bedingungen: vollständige Entwaffnung und Auflösung der Arzacher Selbstverteidigungsarmee sowie Selbstaflösung der

dortigen Regierung. Strafverfahren gegen Arzacher Männer, die an einem der beiden Karabachkriege teilgenommen haben, sind angedroht. Die Aussicht auf eine baldige Herrschaft Aserbaidshans treibt große Teile der Arzacher Bevölkerung zur Flucht. Doch selbst diese Option wird verhindert. Aserbaidshans hält den Korridor geschlossen. Über Facebook erreichte mich folgender Hilferuf einer Armenierin:

„Kinder und alte Menschen in Arzach sind jetzt im Konzentrationslager. Es gibt kein Licht, keine Wärme, keine Nahrung. Es findet ein Völkermord statt. Meine Familie kann nicht weg. Es ist ihnen nicht erlaubt, Arzach zu verlassen. Sie werden mit Gewalt in Arzach festgehalten. Helfen Sie, damit die Menschen die Hölle verlassen!“

Betroffen, ohnmächtig und wütend stehen wir hier vor dem Bundeskanzleramt. Wir sind auch deshalb betroffen, weil sich über Monate die politischen Entscheidungsträger international und national schweigen, die Verbrechen Aserbaidshans zu verurteilen und vor allem präventiv zu handeln. Doch so lange das Alijew-Regime nicht sanktioniert wird, wird es auf bloße Appelle nicht reagieren. Die Arzacher Bevölkerung braucht wirksame Sicherheitsgarantien und internationale Schutztruppen, um in ihrer Heimat bleiben zu können. Anderenfalls muss denjenigen, die Arzach verlassen wollen, dafür die Möglichkeit gegeben werden.

Zu den allgemeinen Menschenrechten gehört sowohl das Recht auf Heimat, als auch das Recht auf Mobilität. Niemand darf in einer Region wie in einem Konzentrationslager eingesperrt werden. Niemand darf vertrieben werden. Aber um das Heimatrecht wahrnehmen zu können, bedarf es des Selbstbestimmungsrechts. Leider schweigen sich westliche wie östliche Politiker dazu weitgehend aus. Sie scheinen vorauszusetzen, dass sich die Arzacher Bevölkerung

widerspruchslos dem Alijew-Regime ausliefert und dies die Grundlage für den viel beschworenen Friedensschluss zwischen Aserbaidtschan und Armenien bildet.

Ich hoffe sehr, dass unsere Appelle sowohl die Bundesregierung, als auch die Menschen in Arzach erreichen. Mehr denn je bedürfen sie unserer Ermutigung und unseres solidarischen Handelns.